

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
1. Kapitel Die Bedeutung des Europarechts.	1
I. Die Europäischen Gemeinschaften	2
II. Von der EWG zur EU	3
2. Kapitel Der Vorrang des europäischen Rechts vor dem nationalen.	8
I. Das Vorrangprinzip im Einzelnen	10
II. Beispiele: Die Einflussnahme des Europarechts.	12
3. Kapitel Die Formen des Rechts der Europäischen Gemeinschaften	18
I. Das Völkerrecht	18
II. Das „Primärrecht“ der Europäischen Verträge	19
III. Die europäische Verordnung	22
IV. Die europäische Richtlinie	22
1. Folgen einer pflichtwidrig nicht umgesetzten Richtlinie	25
2. Der „europäische Schadenersatzanspruch“	28
V. Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen.	30
VI. Das europäische Gewohnheitsrecht.	30
VII. Das Richterrecht des EuGH	31
4. Kapitel Die Warenverkehrsfreiheit	33
I. Einschränkung der (weiten) Dassonville-Formel	36
1. Einschränkung des Anwendungsbereichs des Art. 34 AEUV aus sozialpolitischen Gründen	37
2. Die Rechtfertigungsgründe des Art. 36 AEUV	38
3. Weitere Rechtfertigungsgründe zur Einschränkung der Warenverkehrsfreiheit („Cassis de Dijon“)	39

4.	Die europaweite Anerkennung nationaler Produktions- Standards	40
5.	Die Einschränkung der Warenverkehrsfreiheit aus Gründen der Medien- und Meinungsvielfalt („Familiapress“)	40
6.	Erneute Ausweitung der Rechtfertigungsgründe	41
II.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	41
III.	Die Entwicklungen des europäischen Werberechts nach der Entscheidung „Keck“	43
1.	Maßnahmen eigener Art	46
2.	Klarstellung zur Prüfungsabfolge „vertriebbezogener nationaler Maßnahmen“	46
3.	Neue Tendenzen	47
4.	Bedeutungszuwachs der Warenverkehrsfreiheit mit der neuen Rechtsprechung des EuGH	48
5.	Kapitel Die Niederlassungsfreiheit	50
I.	Einschränkung der Niederlassungsfreiheit	53
II.	Weitere Rechtfertigungsgründe	54
III.	Anerkennung von Diplomen und Ausbildungsnachweisen.	58
IV.	Die Niederlassungsfreiheit von Unternehmen, juristischen Personen und Gesellschaften	60
V.	„Europäisches Gesellschaftsrecht“	65
6.	Kapitel Die Arbeitnehmerfreizügigkeit.	68
I.	Der Begriff des „europäischen Arbeitnehmers“	69
II.	Die Ausweitung des Schutzes der Arbeitnehmerfreizügigkeit.	70
III.	Europarecht im Verhältnis Arbeitnehmer – Arbeitgeber	71
1.	Gleiche Einstellungschancen	72
2.	Gleichbehandlung bei der Wiederaufnahme der Arbeit	73
3.	Gleichbehandlung im Entgeltfortzahlungsrecht	73
IV.	Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit.	74
7.	Kapitel Die Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	77
8.	Kapitel Die Dienstleistungsfreiheit	83
I.	Der Begriff der Dienstleistungsfreiheit	83

II. Die inhaltliche Abgrenzung der Dienstleistungsfreiheit von den anderen Europäischen Grundfreiheiten	84
1. Problem: „Werbung“ als Anwendungsfall der Dienstleistungsfreiheit oder der Warenverkehrsfreiheit	85
2. Problem: Die Abgrenzung der Dienstleistungsfreiheit von der Niederlassungsfreiheit	86
III. Der grenzüberschreitende Bezug der Dienstleistung	87
IV. Die gerechtfertigte Eingrenzung der Dienstleistungsfreiheit	88
V. Die weitreichenden Folgen der Dienstleistungsfreiheit	90
9. Kapitel Europäische Politiken	91
I. Der Verbraucherschutz	92
1. Der technische Verbraucherschutz	92
2. Der „rechtsgeschäftliche“ europäische Verbraucherschutz	94
II. Die europäische Sozialpolitik	98
1. Die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte	98
2. Die arbeitsrechtliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern (Art. 157 AEUV)	100
3. Ausnahmen vom Grundsatz der Gleichbehandlung	104
4. Rechtsfolgen der Ungleichbehandlung durch den Arbeitgeber	106
5. Das Arbeitsschutzrecht	107
6. Das „Kollektive europäische Arbeitsrecht“	109
III. Die europäische Wettbewerbspolitik	110
1. Der „wirksame Wettbewerb“ – Leitbild der Europäischen Union	112
2. Steuerung des Marktverhaltens durch das Verbot von „Kartellabsprachen“	113
3. Die Rechtfertigung von Kartellen (Einzel- und Gruppenfreistellungen)	115
4. Die europäische Fusionskontrolle	119
5. Steuerung des Marktverhaltens durch das Verbot des „Missbrauchs einer marktbeherrschenden Unternehmensstellung“	125
Stichwortverzeichnis	129